



Einwohnerrat Pratteln

Votenprotokoll Nr. 513

Einwohnerratssitzung vom Montag, 27. März 2023, 19.00 Uhr im KUSPO

Anwesend	38/37/36 7	Personen des Einwohnerrates Personen des Gemeinderates
Abwesend entschuldigt	Einwohnerrat: Sylvie Anderrüti, Guido Schaub, Thomas Sollberger, Christine Weiss (ab 19.40 Uhr)	
Vorsitz	Jasmine Bosshard	
Protokoll	Ulrike Schmid	
Weibeldienst	Martin Suter	

Bereinigtes Geschäftsverzeichnis

1.	Teilrevision Steuerreglement, 2. Lesung	3367
2.	Testphase Digitalisierung der ER-Sitzungen; weiteres Vorgehen, 2. Lesung	3364
3.	Beantwortung Interpellation, FDP-Die Mitte, Silvio Fareri, Bibliothek Pratteln: Quo Vadis?	3374
4.	Postulat, U/G, Christoph Zwahlen, Befestigte Trampelpfade für Fussgänger	3371
5.	Postulat, U/G, Christoph Zwahlen, Fussgängerstreifen über die Augsterheglistrasse	3372
6.	Postulat, U/G, Christoph Zwahlen, Verkehrsscheide Salina Raurica – Realisierung?	3373
7.	Motion, U/G, Petra Ramseier, Tempo 30 auf dem Gallenweg	3368
8.	Motion, U/G, Patrick Weisskopf, Änderung des Reklamereglements vom 27. Oktober 2014	3375
9.	Beantwortung Postulat, SP, Rahel Graf, Verkehrsübersichtlichkeit Einmündung Blözenweg-Erliweg	3310

Begrüssung

Jasmine Bosshard: Ich begrüsse sie alle recht herzlich zur 513. Einwohnerratssitzung. Sie haben wahrscheinlich schon von der traurigen Nachricht erfahren, dass Guido Schaub leider am 19. März 2023 verstorben ist. Wir alle haben das mit grosser Fassungslosigkeit und Trauer wahrgenommen und erfahren. In diesen schweren Stunden sind unsere Gedanken bei den Angehörigen und wir möchten ihnen unser tiefes Mitgefühl aussprechen. Wir erheben uns für eine Schweigeminute.

Präsenz

Es sind zurzeit 38 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 20, das 2/3 Mehr 26 Stimmen.

Mitteilungen der Einwohnerratspräsidentin

Jasmine Bosshard: Ich verlese das Rücktrittsschreiben von Christine Weiss: *«Ich möchte meinen Rücktritt aus dem Einwohnerrat bekanntgeben. Auf Ende Mai werde ich meinen Wohnsitz in Pratteln aufgeben. Meine Kinder sind ausgeflogen und auch ich werde an einem neuen Ort einen Neustart wagen. Es war mir eine Ehre und oft auch ein Vergnügen, mich für meine Wohngemeinde zu engagieren, damit Pratteln ein familienfreundlicher, Bildung fördernder, ökologisch moderner Ort bleibt, auch bezahlbar für weniger Privilegierte als mich. Ich wünsche dem Einwohnerrat Weitsicht, Gelassenheit und interessante sachliche Debatten in gegenseitigem Respekt, auch wenn die finanzielle Situation von Pratteln nicht mehr so beruhigend ist wie in den vergangenen Jahren. Liebe Grüsse, Christine Weiss.»*

- Beim Postulat Nr. 3314, SVP, Urs Schneider, Schwingkeller Pratteln, gibt es eine neue Möglichkeit, welche noch geprüft werden muss. Die Antwort folgt im Juni 2023.
- Das Geschäft Nr. 3380 Sondervorlage von CHF 6,895 Mio. für die Erstellung einer neuen Passerelle und CHF 350'000 Landerwerbskosten hat das Büro an der Sitzung vom 23. März 2023 direkt an die Bau- und Planungskommission überwiesen. Die Mitglieder der BPK werden gebeten, sich in der Pause bei Kurt Lanz, zwecks Terminvereinbarung zu treffen.
- 3305 Totalrevision Geschäftsreglement Einwohnerrat: Dieter Stohler hat das Amt als Präsident aus zeitlichen Gründen abgegeben. Das Einwohnerratsbüro hat Mauro Pavan als neuer Präsident gewählt. Die Mitglieder der Spezialkommission werden ebenfalls gebeten, sich in der Pause bei Mauro Pavan zwecks Terminvereinbarung zu melden.
- Save the Date, Mündigkeitsfeier: Freitag, 27. Oktober 2023, 18.30 Uhr.

Mitteilungen des Gemeinderates

Stephan Burgunder: Im Rahmen vom Räumlichen Entwicklungskonzept REK haben wir die Hochschule Luzern mit zwei Studien beauftragt. Zum einen zu unseren Gewerbegebieten und Unternehmen, zum anderen zu unserem Wohnraum. Wer über räumliche Siedlungsentwicklung, Wohnungsbestand und Haushaltsgrössen diskutieren will, der braucht auch Fakten, denn der bereits gebaute Wohnraum beeinflusst massgeblich die Haushalts- und Bevölkerungsstruktur. Das wiederum wirkt sich auf das Steuervolumen und auf die Nachfrage von den öffentlichen Leistungen, also auch auf unser Budget, aus. Um den Bestand besser zu kennen, haben wir letztes Jahr die Hochschule Luzern mit dem sogenannten Wohnkalkulator beauftragt. Er bietet uns eine faktenbasierte Analyse und das bessere Verständnis der Zusammensetzung zwischen Wohnbestand, Bevölkerungsstruktur, Haushaltsgrössen und auch den Steuererträgen.

Aus der Analyse lassen sich Anforderungen an die zukünftige Siedlungsentwicklung oder Siedlungserneuerungen ableiten. So haben wir z. B. in Pratteln eine grosse Anzahl Wohnungen aus den Baujahren 1948 bis 1980. Diese haben altersbedingt einen höheren

Sanierungsbedarf und aufgrund der Wohngeometrie tiefere Steuererträge. Auf der Gegenseite zieht die aktuelle Wohnbautätigkeit vergleichsweise junge finanzstarke Haushalte nach Pratteln. Im Schlussbericht gibt es dann auch drei empfohlene Stossrichtungen: Die Stabilisierung der Quartiere durch Aufwertung und gezielte Ergänzung vom Bestand, gemischte Wohnungsangebote auf den neuen Wohnarealen und verstärkter Dialog über Wohnformen im Alter. Pratteln ist aber auch eine von den bedeutendsten Arbeitsplatzstandorten der Region. Wir sind ideal gelegen und haben mit umfangreicher Industrie, Gewerbe und Mischgebieten grosses Potenzial für die weitere wirtschaftliche Entwicklung. Unsere KMU-Szene ist lebendig und vielseitig, aber die Gebiete könnten deutlich besser genutzt werden zugunsten von den heutigen und den zukünftigen Prattler Betrieben und auch zugunsten der Gemeinde.

So zeigt die Studie dann unter anderem, dass die hervorragende Lage heute zu wenig effizient genutzt wird. Die Wertschöpfung, die Arbeitsplatzdichte, aber auch die bauliche Dichte ist sehr niedrig. Die Herausforderung ist es, die endlichen Flächen möglichst gut für die wirtschaftliche Entwicklung zu nutzen, so dass das Zusammenspiel untereinander funktioniert und die Betriebe dann auch als «Cluster» voneinander profitieren können. Ab heute kann man die detaillierten Analysen auf unserer Homepage www.pratteln.ch einsehen.

Neue parlamentarische Vorstösse

- Dringliche Resolution Nr. 3376, SP, Hasan Kanber, Spende für Erdbebenopfer in Nordsyrien und in der Ost-/Südosttürkei

Es sind zurzeit 37 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 19, das 2/3 Mehr 25 Stimmen.

-
- Interpellation, SVP, Josef Bachmann, Fasnachtsfeuer
 - Postulat, FDP-Die Mitte, Dominique Häring, Sockelbeiträge in Kindertagesstätten sind zu erhöhen!
 - Interpellation, SP, Andreas Moldovanyi, „Sturzfallen Bahngeleise – Abhilfe durch Gummi-Füllungen“
 - Interpellation, U/G, Billie Grether, Fröschmattunterführung
 - Interpellation, FDP-Die Mitte, Dominique Häring, Sozialhilfegesetz – Umsetzung in den Gemeinden

Jasmine Bosshard: Wir kommen zur Resolution von Hasan Kanber, SP, Spende für Erdbebenopfer in Nordsyrien und in der Ost-/Südost Türkei. Das Vorgehen ist wie folgt: Zuerst wird über die sofortige Beratung der Resolution abgestimmt. Dazu braucht es ein Einfaches Mehr.

Hasan Kanber: Ich habe am 6. Februar 2023 die sehr schlimme Nachricht des Erdbebens in der Türkei zur Kenntnis nehmen müssen. Es ist so, dass in unserer Umgebung, notabene auch in Pratteln, nach meinem Kenntnisstand, Hunderte von Menschen aus dem Gebiet stammen und folglich auch Familien und Angehörige haben, welche zum Teil verletzt sind oder das Leben lassen mussten. In diesen beiden Ländern Nordsyrien und Ost-/Südosttürkei, gab es mindestens 56'000 Todesfälle, 125'000 Verletzte, 24 Millionen betroffene Menschen, 200'000 zerstörte Gebäude, 2,5 Millionen geflüchtete Menschen und Eigentumschäden von ungefähr USD 109 Milliarden. Wir wollen heute, dass wir in der Gemeinde Pratteln eine Solidarität signalisieren können. Der Gemeinderat hat die Kompetenz, bis CHF 25'000 Geld sprechen zu können. Ich hoffe, der Einwohnerrat gibt diesen Auftrag an den Gemeinderat. Das Spendengeld soll nicht einfach irgendwohin transferiert werden, sondern an eine loyale NGO, angefangen mit hiesigen NGOS wie der Tex, dem Schweizerischen Roten Kreuz, der Glückskette Schweiz oder dem Verein Solidaritätsstiftung für Erdbebenopfer Türkei/Syrien. Es werden Zelte gebraucht und nachhaltige Bauten wie

Provisoriums-Container. Das Ziel ist, für 100 Familien 100 Container zu beschaffen und dafür CHF 20'000 generieren zu können. Darum bitte ich sie, der Dringlichkeit stattzugeben.

Abstimmung über die ~~Dringlichkeit~~ sofortige Beratung der Resolution (Einfaches Mehr):

://: Mit 29 Ja- zu 5 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen wird die sofortige Beratung angenommen.

Emil Job: Ich rede nicht für alle von meiner Fraktion, wir sind uns hier nicht einig. Auch wir sind betroffen und haben Mitgefühl für das Ereignis. So traurig und bedrückend das auch ist, sind wir der Meinung, dass es nicht Aufgabe der Gemeinde ist, dort zu spenden. Es steht natürlich jedem frei, selber zu spenden. Die Resolution steht auch sonst ein bisschen schräg in dieser Landschaft. Genau bei diesem Erdbeben spenden wir, aber an anderen Orten, wo es genauso wichtig, vielleicht sogar wichtiger wäre, da machen wir gar nichts. Ich denke da z. B. an die Ukraine, an den Iran und an Afghanistan.

Didier Pfrter: Die FDP-Die Mitte-Fraktion versteht diejenigen, welche Bedenken haben, dass der Einwohnerrat dem Gemeinderat sagen soll, wie er seine eigene Finanzhoheit ausüben muss. Wir möchten in den Chor einstimmen und festhalten, dass ein solches Vorgehen nicht Schule machen darf und eine allfällig heute beschlossene Resolution kein Präzedenzfall für künftige finanzielle Begehlichkeiten auf Kosten der Gemeinderatskompetenz werden darf. Wenn wir trotzdem den Vorstoss von Hasan Kanber unterstützen, denn aufgrund von zwei Argumenten: Zum einen ist das Ausmass des Erdbebens und die Anzahl der Opfer unvorstellbar gross. Es ist in unserer geografischen Nähe passiert und es besteht eine zeitliche Dringlichkeit für eine Geste. Vor allem aber hat nicht nur unser Kollege Hasan Kanber, sondern eine grosse Zahl von Einwohnerinnen und Einwohner von Pratteln enge Verwandte und Freunde, welche Opfer von diesen Beben geworden sind. In diesem Sinn und weil eine Gemeinde nicht einfach ein Abstraktum, sondern eigentlich ein Kollektiv von ihren Bewohnern ist, ist auch Pratteln im besonderen Mass von diesen Erdbeben betroffen, besonders in diesem Ausmass, welches sich hoffentlich nicht so schnell wieder bei einer Katastrophe wiederholen wird. Insofern kann die Resolution und der Zugriff auf die finanziellen Kompetenzen des Gemeinderats auch kein Präzedenzfall sein. Wie erwähnt ist der Betrag, angesichts der Bedürfnisse im Erdbebengebiet, nicht mehr als eine Geste. Die Mitglieder unserer Fraktion möchten auch eine persönliche Geste gegenüber den Opfern machen, aber auch gegenüber unseren betroffenen Mitbewohnerinnen und Mitbewohner und mit ihrem heutigen Sitzungsgeld den Betrag der Gemeinde noch ein bisschen aufrunden. Wenn sich noch mehr von euch da anschliessen würden, wäre das natürlich schön.

Rebecca Moldovanyi: Ich würde beliebt machen, dass wir die Resolution natürlich annehmen. Pratteln ist in einem sehr besonderen Mass betroffen. Wir haben sehr viele Leute, welche direkte Angehörige verloren haben oder Angehörige haben, welche jetzt vor Trümmern stehen. Nur weil in anderen Katastrophenfällen nicht geholfen wurde, kann keine Begründung sein. Ich finde auch das Anliegen das Sitzungsgeld dazuzulegen eine sehr schöne Idee. Bitte überlegt euch das gut. Pro Einwohner von Pratteln bedeutet das umgerechnet vielleicht CHF 1,70. Die CHF 25'000 sind eine kleine Geste, die aber etwas bewirken kann. Es könnte der Bevölkerung von Pratteln und Direktbetroffenen ein bisschen Trost geben und auch stolz machen auf die Gemeinde, wo sie wohnen.

Séline Gutknecht: Wir von der SVP finden, es ist nicht der richtige Weg mit der Resolution, aber wir haben volles Verständnis und finden es eine gute Idee. Zuerst sollten wir doch wissen, ob es die Möglichkeit gibt, ob wir wirklich diese CHF 25'000 aus unserer Gemeindegasse herausnehmen und spenden. Warum gerade CHF 25'000? Reicht nicht weniger? Wie kommt man auf diesen Betrag? Unser Vorschlag wäre, dass jeder Einwohnerrat sein heutiges Sitzungsgeld spenden würde. Vielleicht hat jede Person schon selber entschieden und gespendet. Das ist eine Privatangelegenheit und sollte es auch bleiben.

Abstimmung

://: Die Resolution ist mit 26 Ja- zu 10 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung zustande gekommen.
(2/3 Mehrheit)

Bereinigung des Geschäftsverzeichnisses:

- Das Geschäftsverzeichnis wurde bereinigt, ohne Gegenstimmen.

1. Nr. 3367

Teilrevision Steuerreglement, 2. Lesung

GR Christine Gogel: Der Gemeinderat hat keine weiteren Ausführungen gegenüber dem letzten Mal. Wir halten an unseren Eingaben fest, so wie wir das gerne geändert haben wollen.

Lesung

§ 2 Steuerfuss und Steuersatz

Keine Wortmeldung

§ 6 Steuerbezug, Fälligkeit, Zinsen

Christian Schäublin: Wir sind immer noch der Meinung, die zusätzliche Mahngebühr braucht es nicht. Es ist, wie es der Name schon sagt, eine zusätzliche Gebühr. Mit dem Verzugszins ist da bereits schon Genüge getan. Erstens: Warum unterstützt die FDP das, auch wenn es nur eine Mahngebühr ist? Zweitens: Es ist halt doch auch ein Unterschied, im Vergleich mit der Privatwirtschaft, wie das letzte Mal argumentiert wurde. In der Privatwirtschaft kauft man sich eine Jacke und macht das freiwillig und hier ist es doch eigentlich ein Zwang, dass man Steuern zahlen muss, eigentlich eine Zwangsjacke. Daher macht es wenig Sinn, dass man da noch eine zusätzliche Gebühr draufschlägt, auch wenn es nur eine kleine ist. Wir lehnen die Mahngebühr ab.

Dieter Stohler: Ich habe Verständnis für das Anliegen von Christian Schäublin. Die FDP ist nicht erfreut gegenüber den Steuern je nach Höhe und Gebühren. Das gilt allgemein, aber in diesem Fall hier geht es um Mahngebühren. Es geht hier nicht um diejenigen, welche die Steuern nicht zahlen *können*, sondern um «Schlufis», welche die Steuern nicht rechtzeitig zahlen. Diese bekommen eine Mahngebühr und das ist eigentlich völlig richtig, sonst hat die Gemeinde Schwierigkeiten, sich im Steuerwesen durchzusetzen.

Mauro Pavan: Ich kann mich für einmal voll und ganz Dieter Stohler anschliessen. Ich rege mich in der Privatwirtschaft über Mahngebühren auf, welche erhoben werden und nicht rechtens sind, weil sie nicht angekündigt wurden. Hier geht es darum, genau diese Rechtsgrundlage zu schaffen, dass man Mahngebühren ankündigt und diese dann auch bei denjenigen erheben kann, welche ihrer Pflicht nicht nachkommen.

GR Christine Gogel: Nochmals zur Erinnerung: Auch der Kanton erhebt Mahngebühren sowie weitere Gemeinden. Es ist also keineswegs so, dass wir hier in Pratteln ein Sonderfall wären.

Christian Schäublin: Wir wollen ja nichts streichen, sondern das Bestehende lassen. Dann stelle ich den Antrag, Absatz 5 zu streichen.

Abstimmung über den Antrag von Christian Schäublin

://: Der Antrag der SVP, Christian Schäublin, zu §6 Abs.5 wird mit 25 Nein- zu 9 Ja-Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

Es sind zurzeit 36 Personen des Einwohnerrates anwesend. Das einfache Mehr beträgt 19, das 2/3 Mehr 24 Stimmen

Lesung

§ 7 Stundung und Steuererlass

Dieter Stohler: Im §7 geht es darum, dass die Zuständigkeit neu geregelt werden soll und zwar nicht mehr zwingend beim Gemeinderat für Erlasse und für Stundungen sein soll. Dazu habe ich noch ein paar Fragen. Ich hatte auf die zweite Lesung noch auf weitere Zahlen gehofft. Bis jetzt habe ich diese nicht gehört. Wie viele Stundungen und Erlasse gibt es in Pratteln? In der ersten Lesung hat Gemeinderätin Christine Gogel von drei und vierstelligen Zahlen geredet. Könnte ich das ein bisschen genauer haben und vor allem interessiert mich, wie viel Steuererlasse das sind. Das können ja nicht Hunderte oder Tausende sein. Der Kanton reduziert ja auch die Gemeindesteuern. Steuererlassgesuche kann man auch dem Kanton einreichen und dann gilt das für die Kantonssteuer. Wenn der Kanton dem Erlassgesuch zustimmt, gilt es gleichzeitig auch für die Gemeinde. Also stellt sich die Frage, was sind denn das für Fälle, welche dann noch übrigbleiben bei der Gemeinde, wenn der Kanton beim Erlass auch über die Gemeindesteuer mitentscheidet oder sogar alleine entscheidet? In der Vorlage steht, dass man beabsichtigt, eben diese Kompetenz vom Gemeinderat wegzunehmen und an die Verwaltung zu delegieren, also rein Organisationshierarchisch gesprochen. Je nach Höhe von diesem Erlass soll das delegiert werden. Hat man schon Vorstellungen, in welcher Höhe oder Dauer man das delegieren und was der Gemeinderat bei sich in eigener Kompetenz behalten will?

GR Christine Gogel: Es gibt eine stattliche Anzahl von Stundungen und Erlassen, einmal im Monat ein A4-Blatt mehr als die Hälfte gefüllt. Die Spannweite der Entscheidungen ist dabei aber nicht gross. Es sind wirklich kleine Beträge. Wir haben keine Liste mit Namen und Beträgen, sondern nur Beträge und dahinter die Kennziffer. Wenn man genau wissen will, um wen es sich handelt, müsste man ganz gezielt nachfragen. Der Gemeinderat hat auch keine Dossierkenntnisse. Nur der/die Abteilungsleitende und Sachbearbeiter/in Finanzen haben Einsicht. Unsere Idee wäre einmal pro Jahr und kleiner als CHF 10'000. Das sollte möglich sein und etwas erleichtern, was man fast standardmässig abhandelt. Bei den Entscheidungen, welche der Kanton fällt, müssen diese automatisch von der Gemeinde mitgetragen werden. Wir sind der Meinung, dass die Verwaltung gewisse Standardentscheide selbstständig ausführen dürfte und im Sinne des Gemeinderats umzusetzen. Man kann auch gewisse Qualifikationen bei den Mitarbeitenden voraussetzen. Diese Leute wissen sehr wohl, wie die finanzielle Lage beim Einwohner oder der Einwohnerin einzuschätzen ist. Wir wollen einfach festhalten, für uns wäre es in der täglichen Praxis eine grosse Erleichterung. Die Festlegung der Praxis würde ja immer noch beim Gemeinderat bleiben. Wir würden einfach die Leitlinien definieren und die sind ja weiterhin in der Verwaltung sehr eng gesetzt.

Dieter Stohler: Ich möchte noch darauf hinweisen, wenn der Kanton einen Steuererlass macht, dann geht eine Kommission darüber. Über Steuererlasse entscheidet die sogenannte kantonale Taxations- und Erlasskommission. Das sind also mehrere Leute, welche die Köpfe zusammenstecken und das noch nach Anhörung des zuständigen Gemeinderates. Also, der Kanton macht viel Aufwand und prüft die Steuererlasse ganz seriös und umfangreich. Wir machen es jetzt noch einfacher als bisher, auf Ebene der Verwaltung. Ich finde das nicht ganz symmetrisch. Es passt nicht so gut zusammen. Wir machen es uns ein

bisschen zu billig, aber mit der Gesamtheit der Antworten habe ich mich entschieden, keinen Antrag zu stellen. Ich kann das so akzeptieren und möchte als persönlichen Wunsch dem Gemeinderat mit auf den Weg geben, dass dann halt die wirklich grösseren Fälle beim Gemeinderat bleiben und nur die kleinen Bagatellfälle an die Verwaltung delegiert werden.

Abstimmung

://: Die Teilrevision des Steuerreglements wird mit 33 Ja- zu 2 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung genehmigt.

2. Nr. 3364

Testphase Digitalisierung der ER-Sitzungen; weiteres Vorgehen, 2. Lesung

Lesung

§ 8.1^{bis}

Keine Wortmeldung

Abstimmung

://: Die Teilrevision des Geschäftsreglements des Einwohnerrates wird einstimmig genehmigt.

3. Nr. 3374

Beantwortung Interpellation, FDP-Die Mitte, Silvio Fareri, Bibliothek Pratteln: Quo Vadis?

GR Roger Schneider: *Frage 1: Nach welchem Verfahren wurde seitens Gemeinde eine neue Trägerschaft bzw. Betreiberin gesucht?* Die Abteilung Bildung, Freizeit und Kultur hat verschiedene mögliche neue Trägerschafts-Varianten überprüft. Die Ergebnisse sind: A) Filiale der Kantonsbibliothek Baselland: Es bestehen keine gesetzlichen Grundlagen, damit die kbl für Gemeinden Filialen führen kann. Ihr Auftrag besteht in der Beratung der Gemeinden bei der Führung von Bibliotheken. B) Eine Rückkehr zur GGG Stadtbibliothek: Der Gemeinderat lehnt die Aufnahme von neuen Verhandlungen ab. Signale der GGG hierzu waren ebenfalls nicht positiv zu bewerten. C) Filiale eines anderen Trägers der Region: Es wurden alle Vereine im Kanton, welche Bibliotheken führen und mit dem gleichen Betriebssystem wie die Bibliothek Pratteln arbeiten, angeschrieben. Mit Muttenz wurden erste Verhandlungen aufgenommen. Der Frauenverein hat jedoch aus organisatorischen Gründen abgesagt. Keine der angeschriebenen Trägerschaften hat zugesagt. D) Prattler Verein führt die Bibliothek: Nach Vorgesprächen mit dem Beirat Gemeindebibliothek GGG Pratteln und dem Verein Ludothek wurde auf der Basis der «Richtlinien Öffentliche Bibliotheken» des Verbandes bibliosuisse der Trägerverein Bibliothek Pratteln gegründet. Die Statuten wurden von der Leitung Kantonsbibliothek Liestal geprüft. Der Trägerverein Bibliothek Pratteln war interessiert, eine Leistungsvereinbarung mit der Gemeinde hinsichtlich Führung der Gemeindebibliothek abzuschliessen.

Frage 2: Gab es verschiedene Interessenten? Nein.

Frage 3: War bereits vor der kommunalen Abstimmung vom 25. September 2022 über die Vorlage zum Neubau des Gemeindezentrums bekannt, welche Trägerschaft bzw. Betreiberin zukünftig die Bibliothek betreiben wird? Nein.

Frage 4: Welche Personen nehmen in welcher Funktion im Vorstand des Trägervereins Einsitz? Die Gemeinde hat eine Person delegiert, das ist die AL BFK als Beisitzerin, vorerst bis Ende 2023. Unter www.bibliothekpratteln.ch sind weitere Informationen zu finden.

Frage 5: Aus welchen Gründen nimmt eine delegierte Person der Gemeindeverwaltung dort Einsitz? Die Gemeinde hat nach der Kündigung der GGG Stadtbibliothek Verantwortung übernommen und nach geeigneten Trägerorganisationen gesucht. Der neu gegründete Trägerverein Bibliothek Pratteln verfügt zwar über eine gute Vernetzung in der Gemeinde, jedoch nicht über spezifisches Fachwissen und Erfahrung im Bibliotheksbereich. Die AL BFK unterstützt deshalb den Verein beim Aufbau der Dienstleistung der Gemeinde, damit diese in gewohnter Qualität den EinwohnerInnen zur Verfügung gestellt werden kann.

Frage 6: Welche Aufgaben fallen ihr während der Aufbauphase zu? Beratende Funktion in allen Bereichen beim Aufbau der Dienstleistungen.

Frage 7: Sieht der Gemeinderat in dieser Zusammensetzung des Trägervereins keinen Interessenskonflikt, da die delegierte Person sowohl die Interessen der Leistungserbringerin als auch der Leistungsbestellerin vertritt? Die Gemeinde und der Verein haben das gleiche Interesse: eine gute funktionierende Bibliothek anzubieten und dabei mit den Finanzen haushälterisch umzugehen. Die delegierte Person bringt die Sichtweisen der Gemeinde ein.

Frage 8: Wieso genehmigt nicht der Einwohnerrat die neu abgeschlossene Leistungsvereinbarung, wie dies das letzte Mal der Fall war? Im Budget 2023 wurde ein Betrag «Führung Gemeindebibliothek» bewilligt. Grundsätzlich gelten die Budgetposten wie beschlossen. Dies bedeutet, dass Budgetposten, deren Verwendungszweck abstrakt umschrieben aber nicht konkret einem Leistungserbringer zugeordnet worden ist, grundsätzlich auch zur Verwendung zugunsten eines anderen als dem ursprünglich anvisierten Leistungserbringer offenstehen. Wurde also ein Budgetposten «Betrieb Bibliothek» beschlossen, so ist – soweit die Kosten gleichbleiben – davon auszugehen, dass die Stimmberechtigten (vorliegend konstituiert als Einwohnerrat) diese Mittel gesprochen haben, unabhängig davon, ob der Leistungserbringer nun A oder B heisst.

Frage 9: Ist der Gemeinderat bereit, die gekündigte Leistungsvereinbarung mit der GGG Stadtbibliothek Basel und die neu abgeschlossene Leistungsvereinbarung mit dem Trägerverein dem Einwohnerrat zugänglich zu machen? Der Gemeinderat hat entschieden, beide Leistungsvereinbarungen nicht beizulegen.

Frage 10: Wenn die neu abgeschlossene Leistungsvereinbarung nicht zugänglich gemacht wird: a. Wurden die zu erbringenden Leistungen angepasst? Der Leistungskatalog wurde von der Leistungsvereinbarung GGG auf die Leistungsvereinbarung mit dem Trägerverein Bibliothek Pratteln übertragen. Die Leistungen werden jedoch detaillierter beschrieben. Da der Verein nicht auf ein Backoffice zurückgreifen kann, wie das die GGG konnte, und damit Leistungen wie Kommunikation und Finanzen als Gesamtes abwickeln kann, entstehen für die Bibliothek Pratteln direkt mehr Aufwand. Um diesen zu kompensieren, damit nicht der Beitrag erhöht werden musste, wurden die Öffnungszeiten angepasst. Hierbei wurde auf die Statistik über die Nutzungsintensität gegriffen und jene Zeiten gekürzt, die die Nutzenden am wenigsten stark frequentierten. Neu ist die Bibliothek 24 Stunden geöffnet. Bei der GGG waren per 1.4.2023 28 Stunden vereinbart (vor der Vertragskündigung), ursprünglich 32 Stunden. Mit den 24 Stunden hat die Bibliothek im Vergleich mit den weiteren Gemeindebibliothek des Kantons noch immer ein sehr gutes Angebot. Nur drei Bibliothek haben länger geöffnet (Reinach 45 Std.; Binningen 25.5, Muttenz 28).

b. Wie viel bezahlt die Gemeinde Pratteln pro Monat für die Leistungen der Bibliothek (exkl. Miete) an den neuen Trägerverein? CHF 13'250 pro Monat.

c. Wie hoch lassen sich die Kosten für die Leistungen der GGG Stadtbibliothek Basel pro Monat beziffern? Dito.

d. Sind die Kosten gemäss der neuen Leistungsvereinbarung fix oder variabel? Der Jahresbeitrag ist fix. Wird ergänzt für die Aufbaujahre 2023, 2024 und 2025 mit einer Defizitgarantie von 10'000.

Frage 11: Bestehen in der Gemeinde Pratteln Governance Regeln oder ähnliches, welche die Delegation von Behördenmitgliedern und Gemeindeangestellten in Institutionen von Dritten regelt, welche mit der Gemeinde eine Leistungsvereinbarung getroffen haben? Es bestehen keine spezifischen Regelungen für diesen Fall. Die allgemeinen Normen des Kantons und der Gemeinde wie z.B. Weisungsrecht, Ausstand, Schweigepflicht, Ablehnung von Vorteilen sind jedoch zu beachten.

Frage 12: Wieso wurde vor ca. einem Monat die Stelle für die Leitung der Bibliothek via LinkedIn-Account der Gemeinde Pratteln und nicht mit eigenen Mitteln des Trägervereins publiziert? Der Gemeinderat hat Unterstützung für die Erst-Publikation angeboten, da der

Verein noch über keine eigenen Mittel und Kommunikationskanäle verfügte. Deshalb wurde die Leitungsstelle auf dem LinkedIn Profil der Gemeinde publiziert. Die Mitarbeitenden sucht der Verein nun selbständig.

Silvio Fareri: Ich bin mit den Antworten nicht zufrieden. Es geht mir nicht darum, dass sich das Engagement von diesen Personen, welche sich jetzt in diesem Vorstand, für den Aufbau der neuen Bibliothek engagieren, gemindert wird. Im Gegenteil, ich bin froh, hat man dort eine Lösung gefunden. Meine Frage 11 zielt darauf ab, dass da eine Entflechtung dringend notwendig ist. Ich sehe nach wie vor nicht ein, warum eine delegierte Person des Gemeinderats Mitglied im Vorstand des Trägervereines sein muss. Sie kann die ganzen Tätigkeiten auch im Rahmen von ihrer jetzigen Tätigkeit als Angestellte der Gemeindeverwaltung Pratteln weiterhin wahrnehmen. Es wäre sogar zu ihrem Vorteil und hätte absolut keinen Interessenskonflikt. Sie vertritt einfach nur die Haltung und die Interessen des Leistungsbeziehers. Darum mache ich dem Gemeinderat beliebt, dass er die Rolle dringend entflechtet.

Dieter Stohler: Eine Anmerkung um es noch deutlicher zu machen: Die Verantwortlichen der Credit Suisse und der FINMA hatten auch die gleichen Interessen, nämlich eine gesunde Bank, einen gesunden Finanzplatz Schweiz.

Séline Gutknecht: Wird der Leistungsauftrag jetzt gekürzt, weil auch die Öffnungszeiten weniger sind? Ist auch vorgesehen, eine offene Bibliothek zu machen, so wie Muttenz das hat?

GR Roger Schneider: Eine Bibliothek muss ganz viele Leistungen erbringen. Ein Backoffice/Zentrale wie die GGG hatte, haben wir hier nicht mit dieser Lösung. Darum müssen sie die Öffnungszeiten ein bisschen einschränken, aber wir sind immer noch sehr gut drin. Es gibt nur drei Bibliotheken im Kanton, welche länger offen haben. Eine wichtige Leistung, welche weitergeführt wird, ist der Bibliotheksfahrplan mit den Schulen. Jedes Schulkind in der Primarstufe besucht die Bibliothek mindestens dreimal mit der Lehrperson. Das ist der Stand ab 1. April 2023. Das kann sich nachher wieder ändern. Eine «Open Library» muss man testen, das ist sicher ein Punkt am neuen Standort. Eine Investition jetzt am alten Standort lohnt sich nicht.

://: Die Interpellation ist beantwortet.

4. Nr. 3371

Postulat, U/G, Christoph Zwahlen, Befestigte Trampelpfade für Fussgänger

GR Urs Hess: Ich staune ein bisschen, dass man die Trampelpfade noch befestigen soll. Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen, aber die wenigsten dieser Trampelpfade sind auf Gemeindeland.

Christoph Zwahlen: Es sind mir nur diese drei, welche ich erwähnt habe, bekannt. Der eine, welcher jetzt ausgebaut wird als Verbindung zur neuen Bushaltestelle, war wirklich eine gewaltige Abkürzung. Derjenige von der Giebenacherstrasse ist einer, welcher einen grossen Umweg bedeutet für die Leute. Jeden Morgen sehe ich Leute dort durchgehen, sogar mit Velos. Das macht für die Anwohner sehr viel aus, die müssten sonst nämlich nach vorne bis zur Ergolzstrasse und hinten herum. Die Reihenhäuschen haben einen Hinterausgang, diese betrifft es nicht. Über den Weg beim Bahnhof haben wir schon mehrmals geredet. Die Leute laufen einfach dort, wo es ihnen näher ist. Ich will nicht, dass die Wege versiegelt werden. In Wetzikon haben sie genau so eine Abkürzung gekiest mit Rollsplit. Das gibt schon saubere Schuhe. Ich wäre sehr froh, wenn wir diese Anliegen aufnehmen können. In der Längi haben wir jetzt genug Erfahrung, auch mit Baustellenzäunen. Man hat den Eindruck, diese würden böswillig aufgestellt und die Leute so zu gewaltigen Umwegen gezwungen. Es wäre wirklich sinnvoll, wenn man solche Wege «aufmachen» würde. Meines

Erachtens müsste man vorher schauen, wo die Leute durchlaufen und dann die Wege planen und nicht zuerst komische Wege anlegen und sich dann wundern, wenn die Leute nicht dort laufen.

Urs Baumann: Die Fraktion FDP-Die Mitte ist gegen die Überweisung von diesem Postulat. Trampelpfade gibt es in ganz Pratteln. Nur, das Land gehört nicht der Gemeinde und wir können doch nicht auf irgendwelchen privaten Arealen anfangen, Wege zu pflastern, damit die Leute mit trockenen Füßen in den Bus steigen können. Das ist Enteignung.

Fredi Wiesner: Auch die Fraktion der SVP ist gegen die Überweisung von diesem Postulat. Wir reden immer von der Entsiegelung der Wege und Anlagen, damit es mehr Grün gibt und da wollen wir jetzt irgendetwas anderes machen. Wenn es regnet, bekommt man bei einem Mergelweg sehr wahrscheinlich noch viel dreckigere Schuhe als bei einem Trampelpfad. Wir möchten es so lassen wie es ist oder Zäune installieren, dann müssen die Leute halt den Umweg in Kauf nehmen.

Christoph Zwahlen: Da muss ich jetzt dennoch schnell kurz Stellung dazunehmen. Es steht ausdrücklich *nicht* versiegelt. Es steht nicht drin, was für eine Lösung ergriffen werden soll. Es geht mir auf keinen Fall um einen Teerweg. Ich habe noch vielmehr solche Weglein gesehen und die sind zwischen den Hochhäusern in der Längi West auf Privatgrund. Ich verlange von der Gemeinde nicht, dass sie auf privaten Arealen Wege verschönert. Wenn es den privaten Eigentümern nicht passen würde, dass die Leute dort durchlaufen, hätten sie die Möglichkeit dagegen zu wirken, indem man Hecken oder Hägli macht. Das ist keine Enteignung. Ich will auch nicht, dass die Leute durch meinen Garten laufen, dafür habe ich vorne und hinten Törchen. Ich bin jetzt trotzdem dafür, das Postulat zu überweisen. Der Gemeinderat kann sich etwas ausdenken ohne Versiegelung und falls es Privatland ist, vielleicht auch in Absprache mit dem Landeigentümer.

Mauro Pavan: Von Versiegelung kann überhaupt keine Rede sein. Der Gemeinderat soll prüfen und berichten, wo es denn möglich ist, etwas zu machen und genau darum sollte man das überweisen.

Didier Pfirter: Wir sind sehr überrascht, dass der Gemeinderat dieses Postulat entgegennehmen will. Ich könnte es noch knapp verstehen, wenn es um die drei Wege ginge, welche Christoph Zwahlen erwähnt, aber es wird ja gefordert, dass der Gemeinderat ein Inventar von sämtlichen Trampelpfaden in Pratteln machen muss. Alleine dieser Aufwand an Arbeitszeit und ob man sich dann auch noch um die Trampelpfade alle kümmern muss, wäre ein weiterer Punkt. Christoph Zwahlen hat gesagt, das habe noch nie jemand gestört. Gleichzeitig sagte er, der Bauer fährt darüber und mache es wieder zunichte. Ich kann mir nicht vorstellen, dass dieser Freude hat, wenn die Gemeinde mittendrin einen Weg befestigen würde und ihm deshalb verbietet, geradeaus zu fahren mit seinem Pflug. Das Postulat schießt über das Ziel hinaus.

Fredi Wiesner: Im Postulat steht «Pfade mit Mergel befestigen, dass es bei schlechtem Wetter keine schmutzigen Schuhe gibt». Bei Mergel hat man auch dreckige Schuhe und darum bleibt schlussendlich nichts anderes übrig, als zu teeren oder einen Weg zu machen, welcher nicht mehr entsiegelt ist.

Christoph Zwahlen: Ich finde es einfach interessant, dass das jetzt so eine Links-/Rechts-Konfrontation gibt. Der Weg durch den gepflügten Acker wird jetzt umgegraben. Dort kommt eine Leitung hinein, welche von der Netzibodenstrasse in die Längi hinüber geht. Der Bauer fährt dort nie mehr geradeaus mit dem Pflug. Es ist nicht auf meinem Mist gewachsen, dass die Gemeinde dort einen versiegelten Weg zum Bus machen möchte. Ich habe gehört, dass dort ein geteeter Weg kommt und ich weiss, wie breit er wird. Das was ausgesteckt ist, ist ziemlich heftig. Die Pfosten stehen sehr weit auseinander und die Schneise.... Geht mal schauen. Betreffend dreckige Schuhe: Es steht mit Mergel oder Kies. Es gibt vielleicht auch noch andere Alternativen, die mir nicht bekannt sind. Ich habe dem Gemeinderat nicht den Auftrag gegeben, solche Wege zu suchen. Aber wenn es Leute gibt, die einen solchen Weg

melden oder darauf aufmerksam machen, könnte man es ja machen. Ich habe nicht gesucht, nur die aufgezählt, die ich kenne. Derjenige bei der Giebenacherstrasse ist wirklich eine Schlammplaste. Beim Bahnhof Salina Raurica ist der Weg eine Mulde und der ist schön braun ausgelaufen. Wenn es regnet, laufen die Leute immer neben der Mulde, also wird der Weg immer breiter. Es wäre doch einfacher, wenn man 60 bis 70 cm etwas macht, damit die Leute besser laufen können.

Silvio Fareri: Wer solch einen Trampelpfad nutzt, muss damit rechnen, dass er/sie dreckige Schuhe bekommt. Wenn ich solche Trampelpfade benutze, dann ist nicht meine Idee dahinter, dass die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler von Pratteln dafür aufkommen müssen, dass meine Schuhe nicht dreckig werden. Dann nehme ich halt ein zweites Paar mit, damit ich sie wechseln kann, sollten sie dreckig werden. Das ist die günstigste Variante, wenn das Postulat überwiesen wird und die Gemeinde meinen Tipp umsetzt. Da ich keinen Fahrausweis habe, bin ich vollkommen auf den ÖV angewiesen. Wenn ich also irgendwohin gehe und einen Umweg nehmen muss, dann plane ich das entsprechend und gehe rechtzeitig aus dem Haus.

GR Urs Hess: Beim erwähnten Trampelpfad (Verbindung Netzibodenstrasse in die Wyhlenstrasse) werden die Werkleitungen gemacht. Da gibt es nachher eine Fusswegverbindung, bei welcher das Wasser versickert. Den Weg musste man so breit ausstecken, damit man auf der einen Seite die Werkleitungen einsetzen kann. Auch braucht man Platz für den Humus, damit man ihn auf die Seite schieben kann.

Abstimmung

://: Das Postulat wird mit 19 Ja- zu 16 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung an den Gemeinderat überwiesen.

5. Nr. 3372

Postulat, U/G, Christoph Zwahlen, Fussgängerstreifen über die Augsterheglistrasse

GR Urs Hess: Der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Wir haben bereits gewisse Gespräche geführt mit der Verkehrsabteilung der Kantonspolizei. Es wird nicht ganz einfach, dort einen Fussgängerstreifen zu realisieren.

Christoph Zwahlen: Die Situation hat sich verändert, seit die Verkehrsführung anders ist. Tatsache ist einfach, dass jetzt eine Ausfahrt des Längequartiers nicht mehr durch die Längstrasse geht (Rheinlust), sondern sie geht jetzt dort zum Stummel der Augsterheglistrasse in Richtung der Poststrasse raus. Die ganzen Arbeiter der INRA kommen jetzt durch die Augsterstrasse und fahren dann dort hinaus. Vorher sind alle die Wyhlenstrasse runter und nachher Richtung Pratteln gefahren, also Autobahneinfahrt. Das Hauptproblem ist neben der enormen Zunahme der Autos, die dort ein- und ausfahren, dass es auch ein wichtiger Ausgang der Fussgänger ist, welche Richtung Poststrasse oder Richtung Bushaltestelle gehen. Wenn vielleicht einmal der Fussweg durch die geplante Grünanlage zum Bus besteht, laufen sie nicht mehr ganz so weit nach vorne, aber die Strasse queren muss immer noch ein grosser Teil. Die Schwierigkeit sind die Autofahrer, welche unter der Bahn durchfahren und dann in die mittlere neue Spur zwischen den Fahrspuren einspuren und dann links abbiegen. Wenn es viel Verkehr hat, kommt eine ziemlich lückenlose Blechlawine von Augst her um den Rank und das Lichtsignal hat sehr lange Grünphasen, weil fast alle von dort kommen. Dann nutzen die Autos natürlich die erstbeste Lücke und das manchmal sehr rassig und biegen gerade noch vorne durch ab. Dort besteht eine Gefahr, weil einfach gar kein Hinweis ist, dass dort auch Fussgänger sind. Ich möchte den Fussgängerstreifen so weit vorne wie möglich. Mir ist selbstverständlich klar, dass dann der Abstand so sein muss, dass ein Auto anhalten kann, ohne die Hauptstrasse zu blockieren.

Abstimmung

://: Das Postulat wird einstimmig an den Gemeinderat überwiesen.

6. Nr. 3373

Postulat, U/G, Christoph Zwahlen, Verkehrsscheide Salina Raurica – Realisierung?

GR Urs Hess: Das ist auch ein Anliegen des Gemeinderats. Wir nehmen das Postulat entgegen.

Christoph Zwahlen: Mein Postulat ist langfristig gedacht. Kurzfristig, das habe ich ja das letzte Mal in der Fragestunde gehört, gibt es wahrscheinlich nichts anderes, als dass manchmal ein Polizist herumsteht und Bussen verteilt. Ich finde die ganze Situation unbefriedigend, so wie sie jetzt ist. Nach meinem Empfinden wäre es gar nie so weit gekommen, ich hätte die Strasse gar nicht so verlegt. Wenn man die Lohagstrasse als Provisorium befahrbar machen würde, hätte ich persönlich auch nichts dagegen. Dort ist schon eine Kiespiste. Es geht mir darum, wenn die Netzbodenstrasse fertig ist und all das gemacht ist, muss eine saubere Lösung her. Was mich stört, ist einfach, dass die Leute quer durch die Längli fahren und nachher durch die Feldwege dort hinten. Der Bauer der Heissgländstrasse hat nämlich jetzt ein bisschen weniger Land, weil die Strasse jetzt eineinhalbmal so breit ist im geteerten Abschnitt wegen den Schlaglöchern.

Silvia Lerch: Die Situation im ganzen Quartier ist zurzeit sehr unbefriedigend für die Anwohner sowie auch für die ganzen Firmen, welche dort ansässig sind. Es ist mir selber passiert, dass ich aus lauter Gewohnheit dort vor der Absperrung gestanden bin. Ich verstehe die Frustration total über die Verkehrsführung. Das Gebiet hat trotz dieser «Nein-Sache» mit dem Tram grosses Potenzial für künftige Projekte und ich denke schon, dass man mit der neu gebauten Strasse auch etwas anfangen kann in Zukunft. Der Ausbau dort ist unausweichlich und von uns aus gesehen der falsche Weg, dort punktuell Absperrungen zu machen. In ein paar Monaten sind diese dann vielleicht wieder fehl am Platz, wenn es wieder eine Änderung gibt. Es gibt Zutrittsberechtigungen, welche man lösen müsste. Das ist nicht so einfach, da ja dort doch ein paar durchfahren dürfen. Um die Zutrittsberechtigungen zu erteilen, braucht es jemanden, der dies entscheidet und auch mutiert. Man müsste dort Stromzuleitungen machen und relativ aufwendige Betonarbeiten. Meines Erachtens ist die Beschilderung recht schlecht. Sogar als Anwohnerin habe ich nicht klar gewusst, wo ich durchfahren kann. Dort hat es viel Potenzial und man sollte unbedingt etwas machen. Die ansässigen Firmen dort im Quartier sollten vorher besser beschriftet werden und zwar schon am Kreisel bei der Autobahnausfahrt und nicht erst bei der Absperrung. Kann die Gemeinde mit dem Kanton eine Lösung finden, um eine Verbesserung zu erzielen, unbürokratisch und zügig? Bis ein Postulat bearbeitet ist, vergeht viel Zeit. Bis dann ist diese Zufahrt seitlich hoffentlich besser ins Quartier. Die Fraktion FDP-Die Mitte ist vorläufig gegen eine Überweisung, weil wir die laufende Petition noch abwarten wollen.

Kurt Lanz: Die Petition ist für mich sicher kein Grund, das Postulat jetzt nicht an den Gemeinderat zu überweisen. Das Postulat gibt dem Gemeinderat den Auftrag, die Situation halt nochmal mit dem Kanton anzuschauen. Es geht um eine längerfristige Lösung, daher möchte ich bitten, das Postulat zu überweisen.

Abstimmung

://: Das Postulat wird mit 27 Ja- zu 7 Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen an den Gemeinderat überwiesen.

7. Nr. 3368

Motion Postulat, U/G, Petra Ramseier, Tempo 30 auf dem Gallenweg

GR Stefan Löw: Grundsätzlich hat der Gemeinderat Verständnis für das Anliegen. Das ist unumstritten und kam bei der Beantwortung des Postulats Nr. 3304 schon klar zum Ausdruck: «*Der Gemeinderat nutzt die Zeit bis zur Fertigstellung des Neubaus Logis Suisse zur Erhebung und der Bewilligungseinholung bei der Verkehrsabteilung der Kantonspolizei.*» Wir wollen dem Begehren gerecht werden und in dieser Zeit sicher prüfen. Zusammen mit der Logis Suisse erarbeiten wir ein Verkehrskonzept (Verkehrsführung, Verkehrsdienste usw.). Diese Baustelle braucht eine sehr grosse Logistik. Wir wollen den Verkehr sicher nicht im Dorf haben, dieser wird von der Kantonsstrasse zugeführt. Die Unterführung dort können wir gar nicht ausser Acht lassen. Fast zur selben Zeit bauen wir das Gemeindezentrum. Der Bauausschuss ist schon dabei, ein Konzept zur Verkehrsführung auszuarbeiten. Die Bauzeit dauert ca. eineinhalb Jahre. Der Gemeinderat möchte die Motion so eigentlich nicht entgegennehmen und hält an der Beantwortung des Postulates fest. Wenn die Arbeiten erledigt sind, könnten wir einen Vorschlag unterbreiten, wie wir die Führung oder Temporeduktion dann umsetzen würden.

Petra Ramseier: Wir haben die Situation beim Postulat schon diskutiert. Der Grund, warum ich noch einmal eingereicht habe, ist tatsächlich nur der Zeitplan des Gemeinderats für die Umsetzung. Ich bin jetzt nicht ganz sicher, ob es einfach ein Missverständnis ist. Ich habe natürlich nicht gemeint, dass der Gemeinderat vor der Bauphase schon eine definitive Installation von den definitiven Pfosten oder Parkplätzen oder was immer man bei Tempo 30 macht, umsetzt. Mein Anliegen wäre, dass Tempo 30 auch beim Baustellenverkehr schon mitberücksichtigt wird. Man kann dann eine allfällige Baustellenzufahrt statt mit Tempo 50 bereits mit Tempo 30 laufen lassen. Irgendetwas Provisorisches macht ihr ja wahrscheinlich, dann nehmt Tempo 30 mit rein. Schaut einfach, dass man so schnell wie möglich etwas macht und nicht erst nach der Bauphase.

Silvio Fareri: Für die Fraktion der FDP-Die Mitte sind die Ausführungen nachvollziehbar. Wir unterstützen diese auch. Wenn ich Petra Ramseier richtig verstanden habe, dann ist ja ihr Anliegen soweit auf gutem Weg. Darum wäre es eine gute Gelegenheit, den Vorstoss zurückzuziehen oder zumindest umzuwandeln. Als Motion können wir den Antrag schlichtweg nicht unterstützen. Dafür ist er viel zu strikt und viel zu stark ausformuliert.

GR Stefan Löw: Wenn man eine Tempo-30-Zone festlegt und sie so bezeichnet und umsetzt, dann hat das kantonal sehr grosse Auflagen. Man muss Erhebungen und auch ein Konzept machen sowie ganz genau vorweisen, wie man das umsetzt. Wenn man es temporär macht, gilt es nur für diese Baustelle. Wenn man dann nachher die 30er-Zone wirklich festlegen will, dann hat das einen ganz anderen Werdegang, welchen man durchlaufen muss. Dieser ist viel umfassender und einschränkender und hat eventuell auch bauliche Massnahmen zur Folge. Die sind dann wirklich fix. Darum kann man die Motion eigentlich so nicht erfüllen.

Fabian Mendelin: Ich habe mich über die Unfallstatistiken des Kantons Baselland erkundigt. Bei den Unfallschwerpunkten im Kanton Baselland zählen in Pratteln die Salinenstrasse, A2-Anschluss Pratteln und die Rheinstrasse, FG-Hardstrasse und Hardwasser. An der letzten Sitzung hiess es, dort käme es immer wieder zu brenzligen Situationen im Gallenweg/Wasenstrasse. Was aber nicht wirklich belegt ist. Man sagt einfach, es passiert dort etwas. Diese Statistik beweist das Gegenteil, das ist für alle öffentlich und nicht von mir erstellt worden. Die Fraktion der SVP erklärt diese Motion für nicht erheblich.

Rahel Graf: Wir unterstützen das Anliegen von Petra Ramseier. Ich stütze mich nicht auf irgendwelche Statistiken und bin sehr froh, dass dort noch nie ein Unfall passiert ist. Unser Anliegen ist tatsächlich, dass dort auch nie etwas passieren wird. Es mag keine Unfälle gegeben haben, aber als Velofahrerin weiss ich, dass es sehr unangenehm ist, in dieser engen Unterführung durchzufahren und womöglich noch von einem Lastwagen überholt zu werden. Darum finden wir es richtig, dass dort möglichst früh Tempo 30 kommt.

Emil Job: Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass in der Motion überhaupt nirgends von einer 30er-Zone die Rede ist, sondern nur von Tempo 30. Das kann auch temporär 30 sein und man muss nicht den ganzen Klimbim einer 30er-Zone machen. Die kann man durchaus auch nachher noch einführen.

Mauro Pavan: Ich bin kein Verkehrsplaner und auch kein Jurist. Ich möchte jetzt Gemeinderat Stefan Löw mal ganz naiv fragen: Bei der Bahnhofstrasse haben wir das ja auch gemacht, dass wir dort eben eine Tempo reduzierte Strasse haben und keine 30er-Zone in dem Sinn, damit die Strasse weiterhin vortrittsberechtigt ist. Das wäre ja eine Möglichkeit um das umzusetzen. Die Motionärin lässt das ja bewusst offen und möchte einfach, dass dort temporeduziert gefahren wird. Darum werden wir selbstverständlich die Motion für erheblich erklären. Vom Votum von Fabian Mendelin bin ich ein wenig irritiert. Wenn eine Statistik zeigt, dass zwei Strassen noch gefährlicher sind und es dort noch mehr Unfälle gibt, heisst das ja nicht, dass es deswegen auf einer anderen Strasse nicht gefährlich ist. Oder habe ich dieses Votum falsch verstanden und zeigt die Statistik auf, dass es an besagtem Punkt keine Unfälle gibt.

Petra Ramseier: Wenn ich die Voten richtig gehört habe, dann wären eigentlich alle Seiten mit einem Tempo 30 grundsätzlich einverstanden, definitiv erst wenn die Bauphase vorbei ist, aber provisorisch mit dem Baustellenverkehr. Dann würde ich jetzt meine Motion in ein Postulat umwandeln und den Antrag umformulieren. Der erste Satz heisst dann: *«Der Gemeinderat führt auf dem Gallenweg zwischen Schlossstrasse und Hohenrainstrasse, zusammen mit dem Baustellenverkehr, ein provisorisches Tempo 30 ein. Nach Bewilligung des Kantons wird Tempo 30 definitiv eingeführt.»* Ich denke, mit dem könnten alle leben.

GR Stefan Löw: Ich verstehe das Anliegen von Petra Ramseier, aber wenn sie das Postulat so einreicht, dann ist es eigentlich auch wie eine Motion und nachher wieder verbindlich. Ich möchte jetzt den Abklärungen nicht schon vorgreifen, wie man die Verkehrsführung/Verkehrsleitung macht. Wir werden die Geschwindigkeiten dort sicher in einem Mass reduzieren, wie das machbar und auch vertretbar ist. Lassen sie uns das Postulat, so wie wir es beantwortet haben. Wir haben ihnen zu gesichert, dass wir den Verkehr dort genauer anschauen und ihnen am Schluss eine Endlösung unterbreiten.

Fabian Mendelin: Ich möchte nicht auf der Statistik herumhacken, aber Fakt ist, dass das dort kein Unfallschwerpunkt ist. Somit dürfen wir davon ausgehen, dass dort kein Bedarf ist, irgendetwas zu machen, sondern die Strasse, welche ich erwähnt habe.

Mauro Pavan: Mit einem Postulat kann der Gemeinderat dazu eingeladen werden, ein bestimmtes Vorgehen zu machen. Der einzige Unterschied: Bei einer Motion wäre er verpflichtet, ein Reglement zu erlassen oder zu ändern und uns eine Vorlage zu unterbreiten. Bei einem Postulat kann er einfach im Sinn vom Postulat das so umsetzen und entsprechend handeln.

Dieter Stohler: Genau so ein Postulat hatten wir und wurde an der letzten Einwohnerrats-sitzung beantwortet. Alles andere ist Zwängerei. Ich glaube, die Meinungen sind gemacht, wir können abstimmen.

Mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat wurde ein neuer Beschlussantrag der Postulantin definiert: Der Gemeinderat führt auf dem Gallenweg zur Schlossstrasse und Hohenrain, zusammen mit dem Baustellenverkehr, ein provisorisches Tempo 30 ein. Nach Bewilligung des Kantons wird Tempo 30 definitiv eingeführt.

Abstimmung

://: Das Postulat wird mit 19 Ja- zu 17 Nein-Stimmen an den Gemeinderat überwiesen.

8. Nr. 3375

Motion Postulat, U/G, Patrick Weisskopf, Änderung des Reklamereglements vom 27. Oktober 2014

GR Stefan Löw: Auch hier hat der Gemeinderat Verständnis für das Anliegen. Wir finden eine Reglementierung durchaus sinnvoll und prüfenswert und sind auch nicht gegen eine Reglementsüberarbeitung. Wir sind aber der Meinung, man sollte die Motion als nicht erheblich erklären. Wir müssen die Rechtsgrundlage für die bestehenden Informationsmedien sowie auch bei Anpassungen zuerst überprüfen. Die Thematik der öffentlichen Mitteilungen wie bei der SBB, ÖV usw. müssen wir ebenfalls berücksichtigen. Digitale Leitsysteme werden sicher noch zunehmen mit der neuen Verkehrstechnik. Mit dem Neubau des Gemeindezentrums müssen wir auch überprüfen, wie wir Informationen wie Öffnungszeiten möglichst transparent und einfach anzeigen können. Die Bibliothek hat sicher auch Bedürfnisse. Es gibt viele Sachen, welche in naher Zukunft mit diesem Medium vermittelt werden könnten. Zu den Begründungen von Patrick Weisskopf: Es gibt Erhebungen, dass der Stromverbrauch wirklich sehr gering ist, auch mit den heutigen Beleuchtungsmitteln. Die Wärmeabgabe hat sich auch massiv reduziert und ist auch nicht mehr sehr gross. Die Bauweise dieser Körper lässt Reparaturen zu. Somit sind sie über längere Zeit wirklich brauchbar und funktionstüchtig. Das Recycling liegt bei 90 bis 95%. Die Verkehrssicherheit wird vom Kanton vorgegeben und auch einer Prüfung unterzogen. Man kann solche Tafeln nicht einfach willkürlich aufstellen. Aus all diesen Gründen möchten wir sie bitten, dass sie einem generellen Verbot, wie es die Motion eigentlich formuliert, nicht entsprechen. Das würde die Gemeinde massiv einschränken und wir hätten dann wirklich keinen Spielraum mehr. Einem Postulat würde der Gemeinderat zustimmen, das entsprechend prüfen und berichten.

Patrick Weisskopf: Ich danke GR Stefan Löw für die Erläuterungen zu meiner Motion. Trotzdem will ich noch ausführen, was ich mir vorstelle. Werbung ist eigentlich in unserem Alltag kaum mehr wegzudenken. Bei den meisten Menschen hat das Digitale ein sauberes und grünes Image. Darum ist es nicht verwunderlich, dass Agenturen und Vermarkter von Werbeflächen in diesem Bereich (E- Panels und E-Boards) rasant ausbauen werden. Deshalb sollten wir nicht allzu lange zuwarten, um das Reglement anzupassen und darum sollte es eigentlich eine Motion sein. Wenn man jetzt anschaut, wie die E-Panels und E-Boards vermarktet werden, dann sind das einfach digitale Aussenwerbeträger in einer Super High Full Quality A, welche die Passanten mit animierten Spots im Hochformat (Panels) anziehen. Die Spotlänge beträgt etwa zehn Sekunden, kleinste Buchungen, ein Tag, sehr lukrativ. Das E-Board ist dann mehr ein digitales Display im Querformat mit einer farbintensiven super Auflösung. Wir sprechen da immer von Werbung, von Reklame, das ist wichtig. Wir haben nicht von Informationsboards gesprochen. Die animierten Plakate sind Blickfänger und lassen halt an einer Wand, an einem Standort, viel Werbefläche zu. Damit erzielt man grosse Werbewirksamkeit, sehr hohe Einnahmen und das arbeitsintensive Kleben entfällt. Doch sie haben eben Nachteile. Das ist der Stromverbrauch, welchen man bei den analogen Vorgängern nicht hatte und sie lenken sehr stark ab durch die animierten Bilder oder Bildwechsel. Die Aufmerksamkeit lässt sofort nach. Ich merke bei mir selber auch, dass mein Blick abwandert und dem Bild folgt. Der Elektroschrott, der bei diesen Geräten anfällt, ja man kann es ersetzen, ich traue dem Recycling trotzdem nicht. Das ist einfach Schrott und bleibt Schrott. Mir kommt das Ganze einfach komisch vor: 1988 ein Bundesrat, eine Pfanne, zwei Eier, einen fingerbreit Wasser, einen Deckel darauf. Das war der Startschuss für das Energiesparprogramm «Bravo», die meisten von euch kennen diesen Spot. Der Zweck war, mit einfachen Bildern dem Schweizer Volk das Energiesparen schmackhaft zu machen und sie auf die Energieabstimmung «Energie 2000» aufmerksam zu machen. Viele Jahre später im 2022 diskutieren wir die Schweizer Stromlücken und wie man sie verhindern könnte. Massnahmen werden diskutiert, wie man die Grundversorgung sicherstellen könnte. E-Panels und E-Boards gehören sicher nicht dazu. Und ganz ehrlich, Hand aufs Herz, wer von euch hat keinen «Stopp Werbung-Kleber» auf dem Briefkasten. Wer nutzt die Fernsehpause zum Channel switchen oder für eine Biopause und schaut die Werbung gar nicht? Wer schaut sich Sendungen im Replay an und übergeht die Werbung? Lest ihr wirklich die Vielzahl von Werbung, die kommt? Wer nervt sich nicht über die Plakatschlachten bei den Abstimmungen und Wahlen? Ich empfinde es oft als unnötig und so geht es mir

eben auch heute mit dieser Reizüberflutung im öffentlichen Raum. Ich brauche und will das nicht. Nebst der Energieverschwendung macht mich das nervös. Ich empfinde es als unabweichlich, es lenkt mich ab. Die Ablenkung ist verkehrsgefährdend und gefährlich. Die Motion zielt ja wirklich auf das Reglement ab, unzulässige Reklamen. Wenn wir das ganz sorgfältig lesen, dann könnte man sogar schon rein interpretieren, dass es heute schon nicht möglich ist, eben Reklame, also Werbung, nicht Information. Es steht drin retroreflektierende, fluoreszierende, lumineszierende, blendende, blinkende und durchwächste Lichteffekte wirkende Reklame. Wenn ich heute so ein Dings bewilligen müsste, würde ich es aufgrund von dem nicht machen. Aber es ist halt noch rückwirkend für Plakate und nicht für so einen Bildschirm. Dann haben wir noch den Begriff «der fahrbare mobile Plakatträger». Der ist ja auch nicht erlaubt. Bildschirme kann man natürlich ganz leicht auf so fahrbare Mobile-Plakatträger bringen. Damit versperrt man die Strassen und Plätze, so wie es im Reklamereglement heute schon drin ist. Von dem her gesehen, würde ich das als Motion weiterlaufen lassen und noch eure Voten dazu hören. Ansonsten würde ich es halt in ein Postulat umwandeln und den Gemeinderat bitten, das möglichst schnell anzupassen, damit wir eine Rechtsklarheit haben.

Mauro Pavan: Ein Grossteil unserer Fraktion teilt die Meinung des Gemeinderats. Wir unterstützen dieses Anliegen. Es macht Sinn, das Reglement zu überarbeiten und das aufzunehmen. Als Motion geht uns das aber zu weit. Ein komplettes Verbot kann die Mehrheit von unserer Fraktion so nicht unterstützen und darum bitte ich Patrick Weisskopf, das in ein Postulat umzuwandeln.

Dieter Stohler: Die vielen Sachen, welche Patrick Weisskopf aufgezählt hat, was alles verboten ist, ist eigentlich der beste Beleg, dass er selber eigentlich für die Ablehnung dieser Motion votiert. Uns stört auch das generelle Verbot von digitalen Werbeflächen. Wir finden das falsch und lehnen darum die Motion ab. Da werden der technologische Wandel und die Digitalisierung abrupt abgewürgt, was nicht in unserem Sinn ist. Was sollte ein generelles Verbot, wenn digitale Werbeflächen und digitale Anzeigetafeln im öffentlichen Raum und in der ganzen Welt, auch in Pratteln, heute zum Normalfall gehören. Denken sie auch an digitale Verkehrsleitsysteme, Anzeigetafeln an der Tramhaltestelle, Bushaltestelle, SBB-Station. Diese sind sinnvoll und gewähren einen flexiblen Einsatz und auch immer, dank Forschung, mit weniger Energie. Zur Verkehrssicherheit: Das Element ist, wenn man das heutige Reglement liest, eben auch schon abdeckt. § 5 Absatz 2 vom heutigen Reklamereglement verlangt, dass, ich zitiere: «*Reklamen dürfen für die Umgebung ihres Standortes keine unzumutbaren Emissionen verursachen und die Verkehrssicherheit nicht beeinträchtigen.*» In § 6 haben wir bereits heute eine Liste mit verbotenen Reklamen. Jetzt können wir sagen okay, das sind alles schöne Gebote, welche niemand beachtet. Auch diese Annahme ist falsch. Im § 3 von diesem Reglement steht, dass Reklamen bewilligungspflichtig sind. Jeder, der irgendwo eine Reklame aufstellen will, muss ein zweiseitiges Formular mit vielen Beilagen, Berichten und Situationsplänen einreichen und dann muss die Bewilligungsbehörde prüfen, ob z. B. unter anderem eben die Verkehrssicherheit beeinträchtigt ist. Wenn sie beeinträchtigt ist, gehe ich davon aus, dass das selbstverständlich abgelehnt wird. Wir haben heute die Möglichkeiten, diesem Element entgegenzuwirken. Zur ökologischen Verantwortung: Patrick Weisskopf listet ein paar Sachen auf ohne Abwägungen und ohne Vergleich mit der herkömmlichen Werbung, für welche viel Papier, Karton, Metall, Kunststoff, Tafeln und Plastik verschwendet oder verwendet wird. Dort bin ich mir also nicht ganz sicher, wie die Ökobilanz dann im Vergleich wirklich abschneidet. Wieso soll es ökologischer sein, wenn z. B. Coop und Migros alle paar Tage mit neuen Aktionen aufwarten und für das immer neue Plakate drucken und vor dem Eingang aufstellen? Warum sollte das ökologisch besser sein, als wenn man einen Bildschirm hätte, wo die täglich wechselnden Aktionen flexibel eingetippt werden können? Fazit: Die Motion stösst ins Leere. Es ist vieles schon heute verboten oder es braucht eine Bewilligung. Zur Postulatsumwandlung haben wir uns auch schon Gedanken gemacht. Wir sind nicht komplett dagegen, dass man eine neue Regelung oder die Regelung über die digitalen Werbepattformen vielleicht ein bisschen genauer regulieren muss. Das lassen wir offen und würden einem Postulat zustimmen. Das Postulat müsste aber ein wenig umformuliert werden.

Emil Job: Es wurden sehr viele Beispiele genannt, welche da gar nicht zutreffend sind. Verkehrsleitsysteme, Öffnungszeitenanzeigen, irgendwelche Anzeigen innerhalb von Gebäuden treffen alle nicht zu. Also denkt einfach daran, es geht nur um elektronische Werbeflächen, welche aussen in öffentlichem Raum stehen.

Fredi Wiesner: Die Fraktion der SVP würde eine Motion nicht erheblich erklären. Wenn ein Postulat kommt, welches im Sinn von Dieter Stohler angepasst würde, könnten wir dem zustimmen. Es ist sicher gut, wenn man das Reklamereglement anschaut und wo nötig anpasst.

GR Stefan Löw: Nur mit der Änderung der Motion in ein Postulat ist es nicht gelöst, wegen dem generellen Verbot. Wir bitten den Motionär, ein Postulat mit neuer Formulierung einzureichen. Dann könnten wir das anschauen und sauber abklären. Wo die Grenzen zwischen Werbung und Informationen sind, müssten dann auch definiert werden. Das ist nicht immer ganz klar. In Form eines Postulates würden wir dies gerne prüfen und berichten.

Patrick Weisskopf: Ich danke den Votanten der verschiedenen Fraktionen für ihre Stellungnahme. Da wird etwas auf uns zukommen. Interessen prallen aufeinander und da sind wir sicher als Gemeinde gefordert. Wichtig ist für die Verwaltung, dass sie eben auch in der nächsten Zeit weiss, wo die Spielräume sind. Wir haben eigentlich eine Handhabung, um kritisch sein zu können. Aufgrund der Voten, bin ich bereit, die Motion in ein Postulat umzuwandeln. Der Satz würde dann heissen: *«Der Gemeinderat prüft, in welcher Form das Reklamereglement für digitale Medien anzupassen ist.»*

Mit der Umwandlung der Motion in ein Postulat wurde ein neuer Beschlussantrag des Postulanten definiert: Der Gemeinderat prüft, in welcher Form das Reklamereglement für digitale Medien anzupassen ist.

Abstimmung

://: Das Postulat wird mit 33 Ja- zu 2 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung an den Gemeinderat überwiesen.

9. Nr. 3310

Beantwortung Postulat, SP, Rahel Graf, Verkehrsübersichtlichkeit Einmündung Blößenweg-Erliweg

GR Stefan Löw: Ich entschuldige mich für die verspätete Beantwortung. Das Postulat steht im Zusammenhang mit der Verkehrsüberarbeitung/Konzept Schulwegsicherheit. Dies ist noch nicht abgeschlossen. Wir werden sie in diesem Quartal oder sicher bis Mitte Jahr informieren. Das ist sehr komplex und intensiv in der Bearbeitung. Die spezielle Situation am Blößenweg wird natürlich auch miteinbezogen. Vor einer Woche gab es hier drin eine Veranstaltung des «Erlirats» betreffend Elterntaxi. Dort wurde eine Arbeitsgruppe gebildet, welche nun auch die Schulwegsicherheit thematisiert. Aus der Bevölkerung wurden uns auch Anregungen eingereicht, um diese zu prüfen. Alles fliesst in den laufenden Prozess mit ein und wird uns noch lange beschäftigen.

Rahel Graf: Vielen herzlichen Dank für die Antwort. Ich habe ein kleines Problem mit dieser Antwort. Ich sehe nicht ganz ein, wenn sie schon verspätet kommt, dann hätte man ja auch noch warten können, bis der Bericht vorliegt. Der Bericht über die Gesamtbeurteilung der Schulwegsicherheit würde mich nämlich schon noch wundernehmen. Wenn wir das Postulat vor der Kenntnisnahme des Berichtes abschreiben, dann befürchte ich ein bisschen, dass es passieren könnte, dass das einfach in der Schublade verschwindet und man vergisst, um was es geht. Darum möchte ich das Postulat noch nicht abschreiben und abwarten, bis der Bericht kommt und dann entscheiden, was wir machen.

Andrea Nägelin: Wir schliessen uns der Meinung von Rahel Graf an. Das Postulat wurde aus einem bestimmten Grund überwiesen. Es steht drin, dass die Lösung mit einem Spiegel nicht zufriedenstellend ist respektive abgelehnt wurde. Wir schreiben dann eigentlich das ganze Postulat ab, das finden wir auch nicht befriedigend. Der Weg ist gefährlich und wir würden unbedingt noch abwarten, bevor wir das abschreiben.

Silvia Lerch: Wir würden gerne das Postulat abschreiben, nicht weil es erledigt ist, ganz und gar nicht. Das Thema ist nicht abgeschlossen und wir würden gerne das Verkehrskonzept abwarten. Der Bericht würde mich auch sehr wundernehmen. Wir haben an der Fraktionssitzung Lösungsvorschläge schon einmal durchgedacht mit Halteverbieten oder einer Bodenschwelle. Wir würden das gerne dann im Zusammenhang mit diesen Resultaten anschauen. Ich fände es noch gut, wenn man auch Ideen bringt, wie man die Situation mit den Elterntaxis verbessern kann. Es muss jetzt endlich etwas gehen in dieser Richtung. Die Schule macht selber sogar Projekte, die Schüler sind daran. Es ist also wirklich wichtig, dass wir da dranbleiben, vor allem in Anbetracht auf den Sommer, wo es einen Schulwechsel gibt.

Kurt Lanz: Ich möchte sie bitten, das Postulat nicht abzuschreiben. Anhand von was würde der Gemeinderat uns über seine Abklärungen informieren? Was für ein Geschäft ist noch hängig, welches in den Einwohnerrat kommen muss? Der Gemeinderat klärt ja ganz viele Sachen ab, aber solange bei uns niemand nachfragt, kommt das nicht bis hierher. Was hat Silvia Lerch gemeint, wie die Informationen dann hierher kommen? Gibt es denn da einfach eine Infoveranstaltung des Gemeinderats? Das ist nicht üblich, dass es so im Einwohnerrat behandelt wird. Wenn wir jetzt das Postulat nicht abschreiben, dann kann der Gemeinderat uns die Dokumente zur Beantwortung dieses Postulates hinlegen, welche jetzt offensichtlich erarbeitet worden sind. Darum bitte ich sie, Rahel Graf zu folgen und das Postulat nicht abzuschreiben.

Abstimmung

://: Das Postulat wird 25 Nein- zu 7 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen **nicht** abgeschrieben.
Das Postulat wird stehen gelassen.

Fragestunde

Es sind keine Fragen eingegangen.

Die Sitzung wird um 21.50 Uhr beendet.

Pratteln, 04. April 2023

Für die Richtigkeit

EINWOHNERRAT PRATTELN

Die Präsidentin Das Einwohnerratssekretariat

Jasmine Bosshard Ulrike Schmid